



Niederschrift

-öffentlich-

über die

Sitzung des Kreistages

Sitzungsdatum: Montag, den 09.05.2022
Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 12:20 Uhr
Ort, Raum: Mehrzweckhalle, Schulstraße 2, 97294 Unterpleichfeld

Anwesend waren:

Landrat

Eberth, Thomas

Mitglieder der CSU Fraktion

Braunreuther, Sarah

Friedrich, Rainer

Haaf, Thomas

Hellmuth, Thomas

Hoffmann, Thomas

Hügelschäffer, Karl

anwesend ab 09:04 Uhr

Jungbauer, Björn

Klüpfel, Uwe

Krämer, Helmut

Kuhn, Barbara

anwesend bis 11:50 Uhr

Ländner, Manfred, MdL

anwesend bis 11:49 Uhr

Lehrieder, Paul, MdB

anwesend bis 12:18 Uhr

Losert, Burkard

Menig, Heiko

Rothenbacher, Andrea

Schenk, Markus

Schlier, Konrad

Schmidt, Martina

Schmitt, Roland

anwesend bis 11:56 Uhr

Wild, Martina

Mitglieder der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion

Celina, Kerstin, MdL

Finster, Stefanie

Hansen, Sebastian

Hecht, Jessica

Heeg, Rita

Heußner, Karen

Hock, Robert, Dr.

Huber, Sebastian

Klafke-Fernholz, Julia

Labeille, Aljoscha

May-Page, Margarete

anwesend bis 12:09 Uhr

Meixner, Josef

Rettner, Stefan

Winzenhörlein, Sven

Mitglieder der UWG-FW Fraktion

Fiederling, Hans

anwesend bis 12:03 Uhr

Fischer, Alois

Freiherr von Zobel, Felix

Joßberger, Ernst

Juks, Peter

anwesend von 09:02 Uhr bis 12:03 Uhr

Menth, Johannes

Neckermann, Heribert

Rützel, Thomas

Schömig, Klara

Wild, Lothar

Mitglieder der SPD Fraktion

Distler, Eva-Maria, Dr. med.
Eck, Joachim
Grimm, Tobias
Halbleib, Volkmar, MdL
Schmidt, Klaus
Stichler, Peter
Wolfshörndl, Stefan

anwesend 09:15 Uhr bis 11:43 Uhr
anwesend bis 11:43 Uhr
anwesend bis 12:03 Uhr

anwesend bis 12:10 Uhr

Mitglieder der DIE LINKE

Sachs, Evelyne

Mitglieder der AfD

Seifert, Berthold

anwesend ab 09:21 Uhr

Mitglieder des Kreistages (parteilos)

Barrientos, Simone

anwesend ab 09:10 Uhr

Mitglieder der ÖDP

Henneberger, Matthias
Marold, Viktoria

Mitglieder der FDP

Kuhl, Florian
Kuhl, Wolfgang

Außerdem anwesend:

Herr Fritz, Main Post
Herr Paulus, Energieagentur Unterfranken
Herr Seidel, Smart City
Zuhörer

vom Landratsamt:

Frau Dos Santos Brandao (GB 1)
Herr Hollmann (GB 3)
Herr Huppmann (GB 4)
Frau Schumacher (SFB 2)
Frau Münch (SFB 2)
Frau Troll (SFB 2)
Herr Lucas Kesselhut (SFB 3)
Herr Dröse (SFB 4)
Herr Umscheid (ZFB 5)
Frau Schiller (Büro für Chancengleichheit)

vom Kommunalunternehmen:

Herr Prof. Dr. Schraml
Frau von Vietinghoff-Scheel

Abwesend/Entschuldigt:

Mitglieder der CSU Fraktion

Behon, Rosa	entschuldigt
Brohm, Waldemar	entschuldigt
Götz, Jürgen	entschuldigt
Schmiege, Marion	entschuldigt
Schraud, Rosalinde	entschuldigt
Stolzenberger, Michael	entschuldigt
Zorn, Sebastian	entschuldigt

Mitglieder der SPD Fraktion

Haupt-Kreutzer, Christine	entschuldigt
Linsenbreder, Eva	entschuldigt

Mitglieder der UWG-FW Fraktion

Kinzinger, Lioba	entschuldigt
------------------	--------------

Mitglieder der AfD

Hay, Titus, Dr. med.	entschuldigt
----------------------	--------------

Mitglieder des Kreistages (parteilos)

Stabrey, Olaf

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Kostenentwicklung Neubau Förderschule in Gaukönigshofen **ZFB 5/389/2022**
2. Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses **FB 31c/126/2022**
3. Weitere interkommunale Zusammenarbeit - Ausblick **SFB
4/182/2022/1**
4. Sachstandsbericht zum Kooperationsprojekt "Smart City" **S/018/2022**
5. Sachstandsbericht zum Klimaschutz und der Energiewende **S/019/2022**
6. Sachstand Ukraine-Krise **GB 3/107/2022**
7. Bericht aus dem Jugendkreistag - Beitritt zum Dachverband der Bayerischen Jugendvertretungen **FB 31c/130/2022**
8. Sonstiges;
Anfrage von Kreisrat Hansen zu den Themen Lieblingsplätze,
Buslinie 491 Kirchheim, Einführung 9-Euro-Ticket

Landrat Thomas Eberth begrüßt alle anwesenden Kreisrätinnen und Kreisräte, alle Gäste, die Damen und Herren der Verwaltung sowie den Vertreter der Medien.

Er stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht zugegangen ist, mit der Tagesordnung Einverständnis besteht und die Beschlussfähigkeit hergestellt ist.

Es folgt die Begrüßungsrede von **Bürgermeister Alois Fischer**.

		Vorlage: ZFB 5/389/2022
	Termin	TOP 1
Kreistag	09.05.2022	öffentlich
Fachbereich: Hochbau-, Grundstücks- und Schulverwaltung (ZFB 5)		

Betreff:

Kostenentwicklung Neubau Förderschule in Gaukönigshofen

Sachverhalt:

Im Zuge der Umsetzung der Vor- und Planungsarbeiten zur Umsetzung des Neubaus der Förderschule Süd in Gaukönigshofen sind bereits Ausgaben angefallen oder Aufträge erteilt worden, um die Rahmenbedingungen zur zügigen Bauleitplanung voranzubringen und die Ausschreibungserfordernisse der Auswahl des Planungsteams (VgV) zu beachten.

Im Bauhaushalt wurden im Haushaltsjahr 2022 dafür Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 Euro veranschlagt. Es ist absehbar, dass diese Haushaltsmittel nicht ausreichen. Herr Landrat Eberth musste bereits mit einer dringlichen Anordnung die archäologischen Ausgrabungen und Dokumentationen vergeben.

Insgesamt wurden an Leistungen abgerechnet bzw. an Aufträgen bisher vergeben:

1. Konzept- und Machbarkeitsstudie	41.983,20 Euro
2. Durchführung VgV Verfahren	52.072,91 Euro
3. Kostenüberprüfung und Kostensicherheit	28.560,00 Euro
4. VgV Preisgelder (3 Büros) vgl. Leistungsphase 1 anrechenbar auf späteres Honorar	142.800,00 Euro
5. Bauleitplanverfahren	20.349,00 Euro
6. Umweltbericht	3.598,56 Euro
7. Schallimmissionsgutachten	2.558,50 Euro
8. Vermessung	1.898,50 Euro
9. archäologische Ausgrabungen und Dokumentation	45.481,80 Euro

Soweit die Planungsarbeiten nach Abschluss des VgV Verfahrens im Juni weiter vorangehen, werden im Jahr 2022 noch Honorare für die obsiegenden Planungsbüros und für die Wegeplanung (Erschließung Stichstraße) und für die Versorgung (Wasser- und Kanal) anfallen.

Insgesamt werden die Kosten die dann im Haushaltsjahr 2022 anfallen auf 700.000 Euro geschätzt. Dies sind keine Mehrkosten, sondern es handelt sich um Kostenverschiebungen schon ins Jahr 2022 zu Gunsten der Folgejahre.

Die Mehrkosten werden über das Gesamtorganisationsbudget des ZFB 5 abgedeckt.

Die Verwaltung bittet den Kreistag den überplanmäßigen Hausgaben in Höhe von 500.000 Euro zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit zuzustimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stimmt den überplanmäßigen Ausgaben beim Produktkonto 22115000.096100 (Hochbau Förderschule Süd) in Höhe von 500.000 Euro zu.

Debatte:

Herr Umscheid, Leiter des Fachbereichs Hochbau-, Grundstücks- und Schulverwaltung, erläutert den Sachverhalt.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt den überplanmäßigen Ausgaben beim Produktkonto 22115000.096100 (Hochbau Förderschule Süd) in Höhe von 500.000 Euro zu.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KT/2022.05.09/Ö-1

Zur weiteren Veranlassung an ZB, ZFB 6 (ZFB 5 alt)

Zur Kenntnis an SFB 1 (ZFB 1 alt), KrPA

Münch
Protokollführer/in

Eberth
Vorsitzende/r

Kreistag	Termin 09.05.2022	Vorlage: FB 31c/126/2022
		TOP 2
		öffentlich
Fachbereich: Amt für Jugend und Familie (FB 31c) - Kinder,- Jugend- u. Familienarbeit, Sport, Ehrenamt u. Bildung		

Betreff:

Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses

Sachverhalt:

In der Besetzung des Jugendhilfeausschusses des Landkreises Würzburg ergeben sich nachstehende Änderungen:

- Das beratende Mitglied des Geschäftsbereichs 3, Frau Nina Opfermann, scheidet aus.
- Der Leiter des Geschäftsbereichs 3, Herr Fabian Hollmann wird neu beratendes Mitglied
- Der Leiter des Geschäftsbereichs 4, Herr Thomas Huppmann wird Stellvertreter von Herrn Hollmann
- Das beratende Mitglied der Katholischen Kirche, Herr Peter Lanig, scheidet aus
- Neues beratendes Mitglied der Katholischen Kirche wird Frau Marie Huwe, Jugendbildungsreferentin der kirchlichen Jugendarbeit

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stimmt den von der Verwaltung vorgetragenen Änderungen in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses zu.

Debatte:

Landrat Eberth erläutert den Sachverhalt.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt den von der Verwaltung vorgetragenen Änderungen in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses zu.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KT/2022.05.09/Ö-2

Zur weiteren Veranlassung an GB 3, FB 31 c

Zur Kenntnis an GB 4, ZFB 3 (SFB 2 alt)

Münch
Protokollführer/in

Eberth
Vorsitzende/r

Kreistag	Termin 09.05.2022	Vorlage: SFB 4/182/2022/1
		TOP 3
		öffentlich
Fachbereich: Stabstelle Landrat (S)		

Betreff:

Weitere interkommunale Zusammenarbeit - Ausblick

Anlage/n: Präsentation Bürgermeisterfachtagung 17.03.2022
Power-Point-Präsentation

Sachverhalt:

Im Rahmen verschiedener Sitzungen des Vorstandes des Bayerischen Gemeindetages Kreisverband Würzburg wurden gemeinsam mit Vertretern/innen aus dem Landratsamt Würzburg Themen und Aufgaben interkommunaler Zusammenarbeit diskutiert und aufbereitet.

Am 17.03.2022 fand hierzu eine Bürgermeisterfachtagung statt, bei der Möglichkeiten, Grenzen und Bedarfe der Gemeinden diskutiert wurden. Die Präsentation zu den einzelnen Aufgabenbereichen ist als Anlage beigelegt.

Dem interkommunalen Beirat wurden die Ergebnisse in seiner Sitzung am 19.03.2022 vorgestellt.

Die Zusammenarbeit mit den interkommunalen Allianzen bzw. den Allianzmanagements wird auch in diesen Aufgabenfeldern notwendig und beiderseits gewinnbringend sein, um die vorhandenen Strukturen und Netzwerke sinnvoll und ressourcenschonend einzusetzen.

Dem Kreistag werden die Aufgabenbereiche und die weiteren Schritte kurz vorgestellt, um möglichst von Beginn an Informationen zur Verfügung zu stellen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Debatte:

Herr Dröse, Leiter der Stabsstelle Landrat, erläutert den Sachverhalt anhand einer Power-Point-Präsentation.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Kreistag nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Beschluss-Nr.:

Zur weiteren Veranlassung an StabL

Zur Kenntnis an ZFB 1 (SFB 1 alt), SFB 8, ZB, ZFB 4, FB 11, FB 15

Münch
Protokollführer/in

Eberth
Vorsitzende/r

Kreistag	Termin 09.05.2022	Vorlage: S/018/2022
		TOP 4
		öffentlich
Fachbereich: Stabstelle Landrat (S)		

Betreff:

Sachstandsbericht zum Kooperationsprojekt "Smart City"

Anlage/n: Mitteilungsvorlage Projektleitung
Power-Point-Präsentation

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 15.07.2021 erhielt die Stadt Würzburg, Antragsteller, die Nachricht, dass die Stadt Würzburg mit dem Kooperationspartner Landkreis Würzburg für die dritte Staffel der Modellprojekte Smart Cities ausgewählt wurde.

94 Gebietskörperschaften und interkommunale Kooperationen hatten sich darum beworben, 28 erhielten am Ende den Zuschlag.

Seit 01.02.2022 arbeitet das neue „stadt-land-smart-Team“ zusammen. 5 Mitarbeiter/innen wurden zum 01.02.2022 eingestellt. Ab 01.04.2022 wurde das Team mit einer weiteren Mitarbeiterin zunächst komplettiert.

Die Zukunftswerkstatt, die vom 04.04.-06.04.2022 im CCW stattfand, war auch der Auftakt, um mit zahlreichen Multiplikatoren die Zielsetzungen und möglichen Maßnahmen in Workshops zu diskutieren.

Herr Moritz Seidel, stv. Projektleiter, wird zum aktuellen Sachstand und den Meilensteinen des Kooperationsprojektes informieren. In der beigefügten Mitteilungsvorlage hat Herr Seidel die wichtigsten Punkte bereits zusammengefasst.

Debatte:

Herr Seidel, stellv. Leiter des Projekts, erläutert den Sachverhalt anhand einer Power-Point-Präsentation.

Kreisrätin Barrientos fragt nach, wie die Menschen dafür begeistert werden könnten bzw. bittet um Benennung einige Beispiel, wie die Lebensqualität der Bürger*Innen bereichert werden könnten. Des Weiteren bittet sie darum, die Vorstellung in der Öffentlichkeit in einer einfachen Sprache zu kommunizieren.

Neben der Erleichterung des alltäglichen Lebens würde sie auch die Förderung des sozialen Zusammenhaltes und die Stärkung der Demokratie als wichtige Aspekte ansehen.

Herr Seidel weist darauf hin, dass das Projekt derzeit noch in einer Strategiephase sei, in der es zunächst darum gehe, sich von einem sehr breiten Auftrag zu minimieren auf konkrete Dinge, die dann durch verschiedene Stellen, wie Bürgerbeteiligung, Gremien und Fördermittelgeber gebracht werden müssen, um letztendlich erkennen zu können, was umgesetzt werden darf. Er nennt als mögliches Beispiel, die Einrichtung einer App, die als Bürgerboard oder Mängelmelder fungieren könnte, d.h. dass z.B. Mängel auf Radwegen (Schlagloch, fehlende Beschilderung usw.) eingetragen werden könnten, die dann mit dem Bauhof vernetzt wäre. Was die verständlichere Sprache angehe, so werde diese noch konkreter ausgearbeitet.

Kreisrätin Hecht äußert sich erfreut über die Maßnahmen, die angedacht seien, die analog und digital verknüpft werden, was auch einen großen Nutzen bringe, im Hinblick auf mehr Lebensqualität, mehr Krisen Resilienz. Auch sei ihre Fraktion erfreut darüber, dass viele Vorschläge, die bereits in einem Antrag von den Grünen zu einer Bürger App im September 2020 gemacht wurden, hier aufgenommen worden sind. Sie denke z.B. an Digitallotsen, an ein Kommunikationskonzept, an Multiplikatoren-Schulungen usw., dies folge dem Beispiel Best practice-Beispiel aus Höxter. Leider sei bisher der Antrag der Grünen auf keiner Tagesordnung des Kreistages aufgenommen worden, umso erfreulicher sei es zu sehen, dass sich jedoch 90% der Vorschläge der Grünen in dem Projekt wiederfinden.

Kreisrat Lehnrieder (MdB) spricht den Aspekt der Vernetzung an. Er fragt an, inwiefern bei Smart City bestehende Strukturen wie z.B. Selbsthilfegruppen und Seniorengruppen in vielen Gemeinden ein Stück weit mit zu beteiligen angedacht sei. Er ist der Auffassung, dass die wertvolle Substanz an bereits bestehenden Vernetzungen gerade in diesem Bereich nicht außen vor gelassen werden sollte. Wichtig sei auch, etwas Vernünftiges auf den Weg zu bringen, da nur wenige Kommunen das Glück haben, in den Genuss dieses Programms gekommen zu sein.

Herr Seidel führt aus, dass bestehende Netzwerke selbstverständlich daran beteiligt werden.

Kreisrat Grimm spricht zum einen das Thema Bürgerbeteiligung an und fragt nach, wie dieses Thema den Bürgern „schmackhaft“ gemacht werden soll. Zum Zweiten interessiere ihn auch das Thema Videochat und wie dies angedacht sei.

Herr Seidel führt dazu aus, dass es bereits Erfahrungen aus anderen Kommunen gebe. Das Beteiligungskonzept sei gerade am entstehen, es werden jedoch auch diverse Infoveranstaltungen vor Ort stattfinden, wie z.B. bei den Festlichkeiten anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Landkreises Würzburg, sowie eigene Veranstaltungen oder die Gründung themenspezifischer Beiräte. Wichtig sei in dem Zusammenhang, die Bürger*Innen intensiv an der Entwicklung mit zu beteiligen. Was das Thema Videochat angehe, so sei angedacht, dass eine direkte Chatverbindung mit dem Sachbearbeiter oder der geschulten Personen erfolgen soll, um dem Hilfesuchenden im Akutfall helfen zu können.

Kreisrat Rützel weist darauf hin, dass das Thema Smart City auch ein Thema beim letzten Treffen des Ausschusses der Regionen in Marseille gewesen sei. Er teilt mit, dass es letzten Endes eine europäische Idee sei, in der es darum gehe, den Bürger mehr an Verwaltungs-/Organisationsstrukturen beteiligen zu lassen und eigene Ideen zu entwickeln und diese der Verwaltung zu präsentieren. Er weist darauf hin, dass dies im Landkreis Haßfurt schon praktiziert werde. Er schlägt vor, sich hier vorab zu informieren und abzuwarten, wie sich der Arbeitskreis weiterentwickelt.

Kreisrat Wolfshörndl äußert sich, dass die wichtigste Aufgabe des Gremiums sei, dass der Benefit tatsächlich beim Bürger ankomme und nicht beim Konzept selbst sowie denen, die es entwickeln, sondern es ist die Aufgabe des Kreistages: „Was kommt beim Bürger an und wie wird das in der Praxis umgesetzt“. Er sei daher gespannt, was an Praxisbeispielen vorgelegt werde. Zudem hoffe er nicht, dass es eine „Schubladenplanung“ werde, sondern diese dann auch von den Menschen im Landkreis genutzt werde. Wichtig sei, dass das ganze praxistauglich und niederschwellig ist und tatsächlich auch von den Leuten gewollt werde.

Kreisrat Henneberger schließt sich den Argumenten seines Vorredners an. Er würde sich wünschen, dass es deutlich zielorientierter werde. Was eine Bürgerbeteiligung beiläufig beim 50-jährigen Jubiläum des Landkreises Würzburg angehe, so sei er der Meinung, dass dies nicht zu nennenswerten Ergebnissen führen werde. Für ihn hörte es sich so an, dass das was es schon gibt zusammengetragen werde, um dann eine Alternative zu Zoom und Teams zu finden, also etwas was es noch nirgends gebe und dass es dann den Anforderungen genüge, allerdings werde der Etat dann bei weitem nicht ausreichen. Er fordere deshalb konkretere Beispiele.

Herr Seidel weist auf eine intensive Beteiligungsphase im Herbst hin. Was das Beispiel mit Zoom und Teams angehe, so gehe es hier nicht um eine neue Programmierung, sondern was technologisch dahintersteckt, d.h. einen virtuellen Server zu öffnen, um darauf das Gespräch stattfinden zu lassen und diesen Server dann wieder komplett „einzustampfen“, damit wie im zuvor genannten Beispiel nichts nachvollziehbar ist und der hilfesuchenden Person durch Datenleaks evtl. Nachteile entstehen können. So etwas steht momentan nicht zur Verfügung. Dies müsse für die Stadt Würzburg und den Landkreis Würzburg spezifisch aufgebaut werden.

Kreisrätin Hecht nimmt aus der Diskussion viel Kritik und Vorbehalte wahr und möchte sich deshalb nochmals positiv für dieses Projekt aussprechen. Das Projekt biete enorme Chancen, da es darum gehe, Angebote, die es schon gibt zusammenzuführen und nutzbar zu machen. Sie äußert sich, dass wenn so etwas gut verknüpft ist mit einer guten Schulung, dass es Menschen von 17 bis 77 und darüber hinaus zugänglich wird, dies eine riesige Chance wäre, gerade im Zeichen der Krise Angebote überhaupt zu kennen, über diese Informationen zu erhalten und sie wahrzunehmen. Sie habe sich in der Corona-Pandemie oft gewünscht, nicht nur über Amazon einkaufen zu können, sondern man hätte Zugang zu den Angeboten, die es im Landkreis gibt und könnte Dinge von dort beziehen und nicht über Amazon; auch habe sie sich oft gewünscht, Angebote über kulturelle Angebote zu erhalten, diese seien zwar oft irgendwo hinterlegt, aber nicht zusammengeführt.

Es gebe Best practice Beispiele gerade im ländlichen Raum, wo man sehen könne, dass es möglich ist, Leuten mehr analogen Kontakt, mehr analoge Lebensqualität zu ermöglichen, indem man es digital zur Verfügung stellt, Informationen darüber und den Zugang dazu. Sie ist der Auffassung, dass dem Projekt eine Chance gegeben werden sollte und zu warten, was passiert. Sie gehe davon aus, dass dies sehr konkret und hilfreich werden könnte.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Beschluss-Nr.:

Zur weiteren Veranlassung an SFB 8 (SFB 4 alt)

Zur Kenntnis an StabL

Münch
Protokollführer/in

Eberth
Vorsitzende/r

Kreistag	Termin 09.05.2022	Vorlage: S/019/2022
		TOP 5
		öffentlich
Fachbereich: Stabstelle Landrat (S)		

Betreff:

Sachstandsbericht zum Klimaschutz und der Energiewende

Anlage/n: Präsentation

Sachverhalt:

Der Verwaltung liegen verschiedene Anträge von Kreistagsfraktionen vor, die teilweise schon im Kreisausschuss und im Ausschuss für Umwelt, Klima, Mobilität, Energie und Landwirtschaft (UA) aufbereitet wurden.

Im Hinblick auf die teilweise deckungsgleichen Anregungen und Forderungen zum Engagement des Landkreises beim Klimaschutz und der Energiewende wurde ein Workshop mit den Mitgliedern des Fachausschusses UA und Vertretern von Fachverbänden/-institutionen veranstaltet. Beim Workshop sollten neben den Handlungsfeldern auch Maßnahmen diskutiert und ausgearbeitet werden.

Der **Workshop Fortentwicklung Energiekonzept Landkreis Würzburg** fand am 07.04.2022, 14:30 bis 17:30 Uhr, im Sitzungssaal II statt.

Grundlage waren die Anträge der SPD-Kreistagsfraktion „Sozialverträglicher Stufenplan für 100% Erneuerbare Energien im Landkreis Würzburg bis 2040“ und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen (Weitergehende Anträge zum SPD-Antrag)

Die einzelnen Maßnahmenvorschläge der Anträge sind unten angefügt.

[Zuletzt befasste sich der Ausschuss für Umwelt, Klima, Mobilität, Energie und Landwirtschaft am 26.11.2021 mit den Themen und fasste folgenden Beschluss:](#)

„Der Ausschuss für Umwelt, Klima, Mobilität, Energie und Landwirtschaft bekennt sich zu der Verpflichtung des Landkreises Würzburg einen starken eigenen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele zu leisten. Er empfiehlt dem Kreistag diesen Beschluss ebenfalls zu fassen und die Verwaltung zu beauftragen, einen Zeitplan zu erstellen, um die einzelnen Punkte der Anträge SPD und Bündnis 90 / Die Grünen in verschiedenen Veranstaltungen zu diskutieren, vorzubereiten und letztendlich für den Kreistag zu den Haushaltsberatungen zur Beschlussfassung vorzubereiten.“

Mit dem *Workshop wurde der Auftakt dieser strategischen Ausrichtung gemacht. Er hatte die Zielsetzung*, das Energiekonzept weiter zu entwickeln, erste Maßnahmenvorschläge zu erarbeiten und deren Umsetzung zu diskutieren.

Folgender Ablauf hatte der Workshop:

1. Begrüßung durch Herrn Landrat Thomas Eberth
2. Impulse von Herrn Bürgermeister Martin Heilig
3. Vorstellung Energiekonzept durch Herrn Dröse:
Stand der Umsetzung der enthaltenen Maßnahmen
4. Impulsvortrag zum Stand der Energiewende durch Herrn Paulus
(1. Vorstand der Energieagentur Unterfranken e.V.)
5. Vorstellung der 4 Workshop-Themen
 - Mobilität
 - Wärmebereitstellung
 - Strom
 - Klimaschutz inkl. Landwirtschaft
6. Aufteilung in 4 Workshops mit Wechsel
 - 1. Runde 30 min., 2. bis 4. Runde je 20 min., nach 2. Runde Kaffeepause
 - kurze Zusammenfassung der Ergebnisse je Workshop-Runde durch die Moderatoren
 - Einordnung in kurz, mittel- und langfristige Ziele
7. Teilnehmer nehmen anhand von Klebepunkten Priorisierung der Maßnahmenvorschläge vor
8. Zusammenfassung und Vorstellung der Ergebnisse

=====

Zusammenfassung der Anträge der Kreistagsfraktionen
SPD und Bündnis 90 / Die Grünen

Antrag SPD „Sozialverträglicher Stufenplan für 100% Erneuerbare Energien im Landkreis Würzburg bis 2040“ vom 28.09.2021

Titel	Inhalt
Fortschreibung Energiekonzept für den eigenen Wirkungskreis	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Evaluierung vorhandener Daten und des Energiekonzeptes ▪ Potentialanalyse für Energieeinsparung/Energieeffizienz der kommunalen Liegenschaften, der Verwaltung und für an das KU übertragene Aufgaben ▪ Ermittlung von Bedarfen und Potentialen zum Ausbau und zur Nutzung von Biomasse, Geothermie, Sonne, Wasser- und Windkraft ▪ Ableitung konkreter Handlungsempfehlungen und Prioritäten für die Einrichtungen und Tätigkeiten des eigenen Wirkungskreises sowie des KU (inkl. Tochterunternehmen)
Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Würzburg – Prüfung von Synergien	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Prüfung von Synergieeffekten im Rahmen der Fortschreibung des Energiekonzeptes (insb. bei Erzeugung und Verbrauch Erneuerbarer Energien und Mobilitätsplanungen) ▪ Entwicklung von konkreten Vorschlägen für gemeinsame und abgestimmte Maßnahmen in Stadt und Landkreis
Einbeziehung der kreisangehörigen Kommunen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Landkreis unterstützt die kreisangehörigen Kommunen bei der Erstellung und Umsetzung von eigenen Konzepten zur Erreichung der Klimaneutralität ▪ Auf Wunsch übernimmt der Landkreis dabei zentrale Aufgaben für die Kommunen (z.B. Koordination, Steuerung, Moderation, Fördermittelakquise)

Titel	Inhalt
Einstellung Klimaschutzmanager*in	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Notwendig zur Koordination und Bündelung der einzelnen Projekte
Einstellung eines Radverkehrsbeauftragten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Koordination des Radwegeausbaus zw. den Kommunen
Straßenbegleitende Radwege im Rahmen der Sanierung von Kreisstraßen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Radwegenetz soll gleichen Stellenwert erhalten wie das Kreisstraßennetz
PV-Anlagen auf allen geeigneten Dachflächen der Landkreisliegenschaften	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Landkreis als Vorbild ▪ Kommunalunternehmen inbegriffen
Klimaneutrale Heizungsanlagen bei allen Landkreisneubauten sowie schrittweise Umstellung aller anderen kreiseigenen Liegenschaften auf klimaneutrale Heizungsanlagen. Ebenfalls bei KU-Gebäuden	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Landkreis als Vorbild ▪ Kommunalunternehmen inbegriffen
Errichtung von Zisternen bei landkreiseigenen Gebäuden. Ebenfalls bei KU-Gebäuden	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Landkreis als Vorbild ▪ Kommunalunternehmen inbegriffen
Weniger Parkplätze in geplanter Tiefgarage unter LRA-Neubau → Alternativangebot von Jobbikes, Carsharing und ÖPNV-Tickets für Mitarbeiter*innen Reduzierung der Anzahl von Dienstwägen Ebenfalls bei KU	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einsparung von CO² bei Bau und Betrieb des neuen Gebäudes ▪ Klimaneutrale Mobilität der Mitarbeiter*innen wird unterstützt ▪ KU inbegriffen
Zukünftig aussch. E-Mobile als Dienstfahrzeuge Ebenso KU	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Landkreis als Vorbild
Berücksichtigung von gesteigerter Anzahl mobiler Arbeitsplätze bei Berechnung des Bürobedarfs	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einsparung von CO² bei Bau, Betrieb und Mobilität der Mitarbeiter*innen
Sukzessive Ausstattung der landkreiseigenen Parkplätze mit E-Ladestationen Ebenso KU	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Landkreis als Vorbild
Ausstattung aller Landkreisliegenschaften mit wettergeschützten Radabstellanlagen inkl. Lademöglichkeit Ebenso KU	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Motivation und Förderung für Mitarbeiter*innen, das Rad für die Anreise zu nutzen.

Bündnis 90 / Die Grünen „Einführung und ggf. Ausschreibung einer hauptamtlichen Stelle für Klimaanpassungs- und Klimaschutzmanagement“ vom 13.05.2020

Titel	Inhalt
Einführung und ggf. Ausschreibung einer hauptamtlichen Stelle für Klimaanpassungs- und Klimaschutzmanagement im Landkreis Würzburg	<ul style="list-style-type: none">▪ Entwicklung eines Stellenprofils für eine hauptamtl. Stelle für Klimaanpassungs- und Klimaschutzmanagement mit folgenden Aufgabenbereichen:<ul style="list-style-type: none">▪ Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung im Landkreis▪ Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur weiteren Reduktion des CO₂-Ausstoßes im Bereich der Mobilität einschließlich des öffentlichen Nahverkehrs▪ Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Gestaltung der Energiewirtschaft, insbesondere durch den Ausbau erneuerbarer Energien▪ Entwicklung und Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen im Landkreis, die geeignet sind, zur Klimastabilisierung beizutragen und ggf. den Schutz vor extremen Wetterereignissen zu erhöhen▪ Überprüfung und Umstellung der Materialbeschaffung verschiedenster Art auf möglichst klimaneutrale Produkte▪ Unterstützung, Beratung und Koordination der Kommunen des Landkreises hinsichtlich der genannten Maßnahmen

Die Ergebnisse aus dem Workshop vom 07.04.2022 werden vom 1. Vorsitzenden der Energieagentur Unterfranken e. V., Herrn Dipl.-Ing. Architekt und Energieberater Karlheinz Paulus, vorgestellt.

Die Verwaltung wird aus den Ergebnissen des Workshops, den bisherigen Antragstellungen und Beratungsergebnissen aus den Gremien einen Vorschlag für eine Resolution ausarbeiten und in der nächsten Sitzung des UA vorstellen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag begrüßt die bisherigen Aktivitäten rund um den Klimaschutz und die Energiewende im Landkreis Würzburg.

Der Vorschlag zur Ausarbeitung einer Resolution wird unterstützt.

Ergänzung (s. Präsentation):

Die Verwaltung wird beauftragt weitere Maßnahmen zur Stärkung des Bereichs „Klimaschutz, Energiewende und Mobilität“ in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Mobilität, Energie und Landwirtschaft vorzustellen.

Debatte:

Herr Dröse, Stabsstelle Landrat, erläutert den Sachverhalt.

Herr Paulus, 1. Vorsitzender der Energieagentur Unterfranken e.V., informiert zu den einzelnen Veranstaltungen und den Ergebnissen anhand einer Power-Point-Präsentation.

Kreisrat Winzenhörlein äußert sich erfreut, dass die Forderungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen endlich aufgegriffen werden. Dennoch sei anzumerken, dass nicht nur darüber geredet werde, Willensbekundungen in eine Resolution zu gießen, sondern es müssen auch Taten folgen. Es werden konkrete Ziele gebraucht und keine Grundsatzformulierungen. Klima- und Umweltschutz müsse bei allen Entscheidungen mit bedacht werden.

Er betont, dass wir die letzte Generation seien, die etwas gegen den Klimawandel tun könne oder die Folgen mindern könne. Die Folgen seien Trockenheit und Dürre, die sich mit Starkregen, Hochwasser und Überflutungen abwechseln. Es sei keine Zeit mehr zu verlieren. Gebraucht werde eine Klimaanpassung, ein Starkregenmanagement, Grundwasserschutz und Grundwasserneubildung, Klimaneutralität, die regenerativen Energien müssen ausgebaut werden. Es müssen die Ressourcen Wind und Sonne genutzt werden, es müsse CO²-neutrale Energie und Wärmeerzeugung vorangetrieben werden. Es müsse überlegt werden, aus welchen Ländern Öl und Gas importiert werden soll und ob dies weiterhin gewünscht sei.

Weiterhin werde der Ausbau des ÖPNV gebraucht sowie die Taktverdichtung, der Ausbau des Schienenverkehrs von der Stadt ins Umland (z.B. Straßenbahn nach Höchberg), es werden Radwege für Pendler*innen gebraucht und nicht nur für Tourist*innen, der Ausbau des regionalen Carsharings, Park & Ride auch im Umland, sowie Beratungsangebote an die Bevölkerung zu all diesen Themen - und das besser gestern als morgen.

Kreisrätin Sachs meldet sich nicht nur als Sprecherin für Die Linke zu Wort, sondern auch als stellv. Vorsitzenden des DGB Kreisverbandes Würzburg, der auch Mitglied in der Klimaallianz sei. Sie fragt nach, weshalb es z.B. auf der Strecke Rimpar – Güntersleben – Veitshöchheim keinen Radweg gebe sowie auf der Strecke zwischen Gadheim und Veitshöchheim. Als weiteres spricht sie das Thema Solaranlagen an. Vor allem konkret Solaranlagen die auf einem Feld stehen. Sie finde es nicht gut, dass dadurch diese Bodenflächen nicht für die Herstellung von Lebensmitteln genutzt werden können. Stattdessen werden neue Discounter gebaut, bei denen nicht darüber nachgedacht werde, auf deren Dächer eine Solaranlage oder eine Photovoltaikanlage zu errichten, damit hier Eigenstrom erzeugt werden könnte. Gleiches gelte für alle Flachdächer, wie z.B. am Geisberg von Veitshöchheim nach Gadheim. Sie fordere daher von den Gemeinden und den Beauftragten, die entsprechenden Baugenehmigungen erst zu genehmigen, wenn die Bauherren eine entsprechende Planung mit Solar- oder Photovoltaikanlagen vorlegen. Sie weist drauf hin, dass es in Würzburg um Umgebung viele Flachdächer gebe, die nicht genutzt werden. Die Energiegewinnung und die Probleme werden erst jetzt akut bewusst durch den Ukrainekrieg. Dennoch hätte man bereits vor Jahrzehnten tätig werden können. Sie bittet daher den Bau von Gebäuden mit Flachdächern nur zu genehmigen, wenn entweder eine Solaranlage oder Photovoltaikanlage auf dem Dach installiert werde.

Kreisrätin Celina äußert sich, dass sie Probleme habe bei dem 1. Satz des Beschlussvorschlages „Der Kreistag begrüßt die bisherigen Aktivitäten rund um den Klimaschutz und die Energiewende im Landkreis Würzburg“ zuzustimmen, da die bisherigen Aktivitäten viel zu gering gewesen seien. Sie zitiert einen Satz aus einem Artikel aus der Augsburgener Allgemeinen an diesem Wochenende zum Thema CO²-Einsparung. Sie verweist auf das Klimaschutzgesetz in Bayern, in dem bis zum Jahr 2030 die Emissionen um mindestens 50 Prozentpunkte gesenkt werden müssen.

Es müsse ein klarer Zeitplan und klare Maßnahmen gesetzt werden, wenn nicht alles freiwillig im langsamen Tritt weitergehen soll. Dies fehle bei dieser Resolution. Was das Thema Radwege angehe, so gebe es zwar Radwege im Landkreis Würzburg, die jedoch oft keine guten zielgerichteten Verbindungen zwischen zwei Ortschaften seien (Beispiel Reichenberg – Uengershausen – Lindelbach). So gebe es viele Radwege im Landkreis, die oftmals ein großer Umweg seien, da diese auf einem bestehenden Weg errichtet werden und dieser dann als Radweg ausgewiesen werde. Diese Radwege seien zwar für den Freizeit-Radverkehr gut, aber nicht für den Alltagsradverkehr. Sie betont, dass der Landkreis eine Resolution brauche sowie mehr Klimaschutz und Energiewende. Es müsse schneller vorgehen.

Landrat Eberth erläutert den Beschlussvorschlag dahingehend, dass es nicht nur um Aktivitäten gehe, die als Landratsamt erreicht wurden, sondern darum, dass in vielen Bereichen auch schon viel von Investoren, Bürgergenossenschaften usw. geleistet wurde. Er nennt als Beispiel den Bereich Windkraft und weist darauf hin, dass der Landkreis Würzburg windkraftstärkster Landkreis in ganz Bayern sei.

Kreisrat Grimm äußert sich, dass er zwar Kreisrat Winzenhörlein in allen Punkten Recht gebe, dennoch könne der Kreistag 90% einfach nicht beeinflussen (Beispiel Ausbau Straßenbahn, Förderung von Photovoltaik auf Dächern). Er weist auf den Antrag der SPD-Fraktion hin, in dem zwei bis drei klare Forderungen enthalten seien, wie z.B. die Energieneutralität des Landkreises Würzburg in seinen Liegenschaften, die seitens des Kreistages beeinflusst werden können. Bei anderen Dingen könne der Landkreis Würzburg zwar beratend fungieren, jedoch könne er den Gemeinden nicht vorschreiben, dass auf den Flachdächern Solar- oder Photovoltaikanlagen zu errichten seien. Der Landkreis Würzburg können seine Meinung in einer klaren Resolution darlegen, jedoch Einfluss nehmen könne der Landkreis nur in seinem eigenen Wirkungskreis. Was Solaranlagen oder Photovoltaikanlagen auf allen Flachdächern angehe, so sollten manche Gebäude ausgenommen werden (z.B. denkmalgeschützte Gebäude).

Kreisrat Henneberger äußert sich, dass ihm die Aussage, dass viel gemacht werde, nicht ausreiche. Viel wichtiger sei es, dass konkrete Maßnahmen erarbeitet werden. Was den Beschlussvorschlag angehe, so sei die Formulierung eine Resolution zu erarbeiten, für ihn nicht ausreichend.

Kreisrat Hansen nimmt Bezug auf die Wortmeldung von Kreisrat Grimm zum Thema Straßenbahnprojekt und der Aussage, dass der Landkreis Würzburg keinen Einfluss nehmen könnte. Diese Aussage sei nicht richtig, da die Aufgabenträgerschaft für den öffentlichen Nahverkehr beim Landkreis liege. Er nennt als Beispiel den Landkreis Augsburg. Er sehe auch bei vielen anderen Dingen die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen, was jedoch abgelehnt werde (z.B. straßenbegleitende Radwege entlang von Kreisstraßen, Photovoltaikanlage auf dem Wertstoffhof Höchberg).

Kreisrat Jungbauer stimmt der Aussagen von Kreisrat Hansen grundsätzlich zu, dennoch müssen mehrheitliche Entscheidungen, die in einem Ausschuss getroffen worden sind, akzeptiert werden. Er weist darauf hin, dass bei Neubauten oder Sanierungsarbeiten auf Gebäuden des Landkreises alles Machbare in Sachen Klimaschutz und Energiewende getan werde. Wenn es keine bundespolitische Vorgabe gebe, könne eine Baugenehmigung nicht verwehrt werde, nur weil jemand keine Photovoltaikanlage auf sein Dach bauen möchte. Er ist der Meinung, dass mit weniger Schaum vorm Mund und mehr Realismus an die Sache rangegangen werden müsse. Die Ukraine-Krise zeigt, dass Dinge vor Jahren hätten gemacht werden müssen. Wenn man diese jetzt anpackt, dann sei zu überlegen, was im eigenen

Wirkungskreis möglich sei. Der Landkreis sei für vieles Zuständig, jedoch seien die Gemeinden diejenigen, die es vor Ort anpacken und umsetzen müssen. Die kommunale Selbstverwaltung sei der Kern, der nicht negiert werden dürfe, indem der Landkreis eine Resolution beschließe. Dies bringe nur etwas, wenn alle 52 Gemeinden es umsetzen.

Wichtig sei letztendlich, dass in Sachen Klimaschutz und Energiewende etwas getan werde, was bei vergangenen Projekten auch der Fall gewesen sei, und dass der Weg konsequent weitergegangen werde. Es müsse gemeinsam an einem Strang gezogen werden, denn nur so könne etwas bewirkt werden.

Stellv. Landrätin Heußner äußert sich, dass sie dem vorliegenden Beschlussvorschlag nicht zustimmen könne.

Es gehe nicht darum Zuständigkeiten irgendwohin zu verschieben, sondern wie bereits angesprochen, es zu einem gemeinsamen Thema zu machen. Daher schlage sie vor, den Beschlussvorschlag zu ändern:

Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Maßnahmen zur Stärkung des Bereichs Klimaschutz, Energiewende und Mobilität in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Mobilität, Energie und Landwirtschaft vorzustellen und die Ergänzung könne dann das andere sein.

Sie betont, dass es keineswegs so sei, dass die Umsetzungen, die im Landkreis gemacht werden als Geringschätzung angesehen werden. Richtig sei, dass es sich um Privatleute handle und Kommunen, die teilweise an Hindernisse stoßen und bei denen der Landkreis helfen könnte, den Rücken zu stärken und politische Hemmnisse zu überwinden.

Sie sei der Auffassung, dass das Thema nicht genug in die Mitte gestellt worden sei. Ihr Vorschlag: „Tun wir endlich was und lassen wir das mit den Reden und den Resolutionen – handeln wir einfach!“.

Kreisrat Seifert spricht die Forderung nach weiteren Radwegen an, denn diese Forderung stehe auch im Widerspruch zu dem eigentlichen Naturgedanken, da hierfür wertvolle Ackerflächen und die Natur zugebaut werde. Er empfiehlt vielen Rednern nicht in der eigenen „Grüngut-Jugend“ zu reden, sondern mit den jungen Leuten aus dem Landkreis das Gespräch zu suchen, um herauszufinden, wie weit die Bereitschaft sei, mit dem Fahrrad nach Würzburg zu fahren. Seine Beobachtung sei, dass die jungen Leute zunächst den Führerschein machen und sich dann ein Auto anschaffen, um im Landkreis mobil zu sein. Auch der vorgetragene Wunsch, dass es in Zukunft nur noch Elektroautos geben soll, sei unrealistisch bei den Kaufpreisen.

Ein guter Gedanke wäre vielleicht, eine Umfrage im Landkreis durchzuführen, wie viele jungen Leute bereit wären, auf das Fahrrad umzusteigen und auf das Auto zu verzichten. Mit dem Ergebnis der Umfrage könne dann der Bedarf an weiteren Radwegen ermittelt werden.

Kreisrätin Rothenbacher widerspricht der Aussage, dass der Landkreis wenig getan habe. Sie spricht das umfangreiche Energiekonzept an, in dem 30 Ziele genannt seien, die konkretisiert werden müssen. Sie sei der Auffassung, dass die Themen zunächst im Ausschuss konkretisiert werden sollten, um dann die Vorschläge dem Kreistag zu präsentieren. Das Thema Klima, Energie und Mobilität werde auch in den kommunalen Allianzen sehr groß geschrieben. Sie weist in ihrer Eigenschaft als Allianzsprecherin darauf hin, dass viele Ideen in allen ILE-Konzepten verankert seien. Es sei auch Aufgabe der Bürgermeister*innen in den einzelnen Kommunen, sich um diese Themen zu kümmern, die jedoch auch dankbar dafür seien, wenn aus den Ausschüssen Ideen an sie herangetragen werden.

Kreisrat Kuhl F. tut sich ebenfalls mit dem Beschlussvorschlag etwas schwer. Deshalb schläge er vor, die 3 Punkte getrennt voneinander abzustimmen.

Die konkrete Frage in dem ganzen sei, inwieweit der Landkreis es schaffe, die 52 Gemeinden zu animieren, denn die Hauptarbeit liege bei der Umsetzung in den Gemeinden. Die Crux sei jedoch, dass die Hauptfinanzierungskraft bei denen liege, die in die Anschubfinanzierungen gehen müssen. Dies sei in dem Fall nicht der Landkreis, sondern die Gemeinden.

Deshalb würde er sich anstelle des Satzes „Der Vorschlag zur Ausarbeitung einer Resolution wird unterstützt“ eher wünschen, dass das Gremium konkrete Zielsetzungen als Landkreis festlege und unterstütze sowie den Gemeinden etwas an die Hand geben (z.B. die Beleuchtung auf LED umstellen, Ausstattung mit Photovoltaik – ab wann lohnt sich das, was gibt es für Fördermöglichkeiten).

Kreisrat Rettner spricht die konkrete Umsetzung im Landkreis an. Er sehe gewisse Defizite. Er nennt als Beispiele die landkreiseigenen Liegenschaften, die Nutzung von Dienstfahrzeugen, den Bau/die Sanierung von Radwegen, die oft nur als „Nebenprodukt“ im Straßenbau behandelt werden. Er ist der Auffassung, dass in der Kreisentwicklung zwar viel koordiniert und vernetzt werde, jedoch die Kompetenzen und Befugnisse für die Umsetzung bestimmter Maßnahmen im Landkreis nicht in der Kreisentwicklung liegen, sondern in anderen Bereichen.

Kreisrat Losert wendet sich mit einer Frage an Herrn Paulus, die im Zusammenhang mit der Beratung und der Unterstützung bei Lösungsansätzen stehe. Er nennt einen Fall aus der Gemeinde Maidbronn zum Thema kalte Nahwärme. Herr Paulus beantwortet die Frage.

Kreisrat Grimm stellt den Antrag, die Diskussion einzustellen und das Thema in den Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Landwirtschaft zurückstellen.

Landrat Eberth fasst das Ergebnis der Wortmeldungen zusammen.

Kreisrat Kuhl F. schlägt die Ausarbeitung einer Zielsetzung und eines Maßnahmenkatalogs mit Selbstverpflichtungscharakter vor.

Kreisrat Grimm weist darauf hin, dass die Zielsetzung und die Erstellung eines Maßnahmenkatalogs für ihn eine Resolution sei. Er ist der Auffassung, dass der Passus (Satz 2) gestrichen werden könnte. Er verweist auf den Antrag der SPD zur Klimaneutralität des Landkreises in seinem Wirkungsbereich bis zum Jahr X hin sowie zur Animation der Gemeinden, es dem Landkreis gleichzutun. Aus seiner Sicht könnte dies auch ein Teil der Beratung und der Beschlussfassung im Ausschuss sein, so dass der Beschlussvorschlag nur aus Satz 1 und Satz 3 bestehen könnte.

Landrat Eberth stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

1. Der Kreistag begrüßt die Aktivitäten rund um den Klimaschutz und die Energiewende im Landkreis Würzburg.

Abstimmergebnis: gegen 1 Stimme
 mehrheitlich beschlossen

2. Der Ausschuss für Umwelt, Klima, Mobilität, Energie und Landwirtschaft wird beauftragt, eine Resolution zu erarbeiten, die dann im Kreistag verabschiedet werden soll.

Abstimmergebnis: gegen 13
 mehrheitlich beschlossen

3. Die Verwaltung wird beauftragt weitere Maßnahmen zur Stärkung des Bereichs „Klimaschutz, Energiewende und Mobilität“ in einer der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Mobilität, Energie und Landwirtschaft vorzustellen.

Abstimmergebnis: gegen 1
 mehrheitlich beschlossen

Ergebnis: mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: KT/2022.05.09/Ö-5

Zur weiteren Veranlassung an StabL

Zur Kenntnis an SFB 7, ZFB 3

Münch
Protokollführer/in

Eberth
Vorsitzende/r

Kreistag	Termin 09.05.2022	Vorlage: GB 3/107/2022
		TOP 6
		öffentlich
Fachbereich: Geschäftsbereich 3		

Betreff:

Sachstand Ukraine-Krise

Anlage/n: Präsentation

Sachverhalt:

Frau Dos Santos Brandão, Leiterin Geschäftsbereich Kommunales und Sicherheit, informiert anhand einer Power-Point-Präsentation zum aktuellen Sachstand in der Ukraine-Krise.

Debatte:

Fragen aus dem Gremium werden von **Frau Dos Santos Brandão** und **Herrn Huppmann**, Leiter Geschäftsbereich 4- Jobcenter, beantwortet.

Dem Wunsch nach Ausfüllhilfen sowie Übersetzungen bei den Anträgen wird nachgekommen.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Beschluss-Nr.:

Zur weiteren Veranlassung an GB 1, GB 3, GB 4

Münch
Protokollführer/in

Eberth
Vorsitzende/r

Kreistag	Termin 09.05.2022	Vorlage: FB 31c/130/2022
		TOP 7
		öffentlich
Fachbereich: Amt für Jugend und Familie (FB 31c) - Kinder,- Jugend- u. Familienarbeit, Sport, Ehrenamt u. Bildung		

Betreff:

Bericht aus dem Jugendkreistag - Beitritt zum Dachverband der Bayerischen Jugendvertretungen

Sachverhalt:

Die Jugendvertretungen der bayerischen Gemeinden, Städte und Landkreise haben sich zu einem Dachverband zusammengeschlossen um als gemeinsame Plattform die Interessen junger Menschen besser vertreten zu können. Der Jugendkreistag des Landkreises Würzburg hat einstimmig beschlossen, dem Dachverband der bayerischen Jugendvertretungen (DVBJ) beizutreten und das Landratsamt gebeten, die erforderlichen Schritte durchzuführen.

Die Sprecherin des Jugendkreistags, Mia Morell, hat an der Gründungsveranstaltung des Dachverbandes gemeinsam mit über 45 Delegierten aus 26 bayerischen Jugendvertretungen mitgewirkt. Der Jugendkreistag erhofft sich durch das bayernweite Netzwerk mehr Einfluss auch auf überörtlicher Ebene. So lassen sich gemeinsame Interessen der bay. Jugendvertretungen besser koordinieren und verfolgen.

Gemeinsam mit zwei Vertretern aus Ingolstadt und Schrobenhausen ist der Jugendkreistag des Landkreises Würzburg mit seiner Sprecherin Mia Morell im DVBJ-Vorstand vertreten. Als nächste Schritte soll die Zusammenarbeit mit dem Bay. Jugendring und der Akademie für Kinder- und Jugendparlamente geklärt werden. Auch mit den jugendpolitischen Sprechern der Fraktionen im Bayerischen Landtag wird eine Zusammenarbeit gewünscht.

Der Jugendkreistag des Landkreises Würzburg wünscht sich mehr Beratungs- und Unterstützungsangebote für junge Menschen, gerade in der negativen Folge der Coroneinschränkungen. Viele Jugendliche sind psychisch und sozial angeschlagen. Dies nehmen die Vertreter der Realschule Ochsenfurt als Anlass, die Verstärkung der Jugendsozialarbeit an den Schulen, gerade auch an weiterführenden Schulen wie Realschulen und Gymnasien auszubauen.

Neben der psychischen stand auch die körperliche Gesundheit junger Menschen auf der Tagesordnung des Jugendkreistags. Um das Bewusstsein für eine ausgewogene und möglichst regionale Ernährung zu stärken, regten Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Veitshöchheim Kurse und Praxisseminare für Jugendliche an. Ein weiteres Thema ist die Unterstützung der Öko-Modellregion im Landkreis Würzburg.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stimmt dem Beitritt des Landkreises Würzburg zum Dachverband der bayerischen Jugendvertretungen (DVBJ) zu.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt dem Beitritt des Landkreises Würzburg zum Dachverband der bayerischen Jugendvertretungen (DVBJ) zu.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KT/2022.05.09/Ö-7

Zur weiteren Veranlassung an GB 3, FB 31c

Zur Kenntnis an GB 4

Münch
Protokollführer/in

Eberth
Vorsitzende/r

Kreistag	Termin 09.05.2022	Vorlage:
		TOP 8
		öffentlich
Fachbereich:		

Betreff:

Sonstiges;

Anfrage von Kreisrat Hansen zu den Themen Lieblingsplätze, Buslinie 491 Kirchheim, Einführung 9-Euro-Ticket

Debatte:

Landrat Eberth gibt bekannt, dass ein Brief des Bayerischen Gesundheitsministers eingegangen sei, in dem er sich über das Engagement des Kommunalunternehmens und des Landkreises Würzburg zum Thema Neubau einer Pflegeschule freut und die Zusage erteilt, dass 50 % der Kosten aus Bundesmitteln übernommen werden.

Kreisrat Hansen meldet sich zu Wort und spricht 3 Themen an:

1. Thema Lieblingsplätze

Er fand es sehr nett, dass der Landkreis Würzburg anlässlich seines Jubiläums den Gemeinden so ein Geschenk gemacht habe.

Dennoch sei es in der Gemeinde schwierig gewesen, einen geeigneten Standort für die Stauden zu finden, da es sich um nicht heimische Stauden gehandelt habe.

Er fragt nach, weshalb keine heimischen Stauden geliefert worden seien.

2. Buslinie 491 Kirchheim

Als weiteren Punkt möchte er sich beim Verwaltungsrat des Kommunalunternehmens des Landkreises Würzburg bedanken, dass er die Buslinie 491 nach Kirchheim verlängert habe. Er teilt mit, dass seitens der Gemeinde Kirchheim die Frage aufkam, inwieweit es möglich wäre, den Fahrplan auf 07:00 Uhr vorzuverlegen und welche zusätzlichen Kosten hierfür entstehen würden.

3. Einführung 9-Euro-Ticket

Er fragt nach, inwieweit die Möglichkeit bestehe, an den Wochenenden zusätzliche Busse fahren zu lassen, um Überfüllungen in den Bussen zu vermeiden.

Landrat Eberth äußert sich, dass die Fragen zu Nr. 2 und Nr. 3 an das Kommunalunternehmen weitergereicht werden.

Was das Thema Lieblingsplätze und die Auswahl der Stauden angehe, so seien diese von der Kreisfachberaterin, Frau Tokarek, ausgesucht worden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen beendet Landrat Eberth den öffentlichen Teil um 12:07 Uhr.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Beschluss-Nr.:

Zur weiteren Veranlassung an KU

Zur Kenntnis an SFB 8, Frau Tokarek

Münch
Protokollführer/in

Eberth
Vorsitzende/r